

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Neutrales Freies Österreich

www.nfoe.at

04-06 /2018/ Nr. 62

Sanktionen, Strafen, Vergeltungsschläge – will der Westen überhaupt Frieden?

Liebe Leser!

Überkam Sie nicht auch Empörung, als die USA, Großbritannien und Frankreich schon wenige Stunden nach dem noch immer nicht bewiesenen Giftgas-Vorfall in Douma Ziele in Syrien mit Marschflugkörpern und Luft-Boden-Raketen zerbombten?

Obwohl selbst nicht betroffen, von niemandem autorisiert oder gerufen, nahmen sich diese drei NATO-Staaten das Recht heraus, einen anderen souveränen Staat anzugreifen und seine Einrichtungen mit aggressivsten Mitteln zu zerstören. Das stellt eine eklatante Verletzung des Völkerrechts, im speziellen des Verbots der Einmischung eines Staates in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates dar. Und kein Aufschrei ging durch die westliche Welt.

Dabei blieb es nicht. Vor einigen Tagen hat US-Präsident Trump das Anti-Atom-Abkommen mit dem Iran aufgrund angeblicher Erkenntnisse aus Israel einseitig aufgekündigt, obwohl die meisten Beteiligten glaubhaft versicherten, dass sich der Iran an dessen Bestimmungen hielt. Zusammen mit der neuen US-Zollpolitik hat diese Maßnahme das Potential zu einer beträchtlichen Störung der bisherigen



Die gutgelaunten Teilnehmer der NFÖ-Bildungsfahrt in die direkt-demokratische Schweiz. In ihrer Mitte die charmante Nationalrätin Dr. Yvette Estermann (3. v.l.) mit ihrem Gatten Richard (2.v.l.) – unweit der berühmten Kapellbrücke in Luzern.

Frau Dr. Estermann verdanken die Teilnehmer eine Spezialführung durchs Schweizer Bundeshaus (Parlament), sowie vielseitige Einblicke in die Parlamentsarbeit und den politischen Alltag eines „Miliz-Abgeordneten“ (= Parlamentarier, der keinen Gehalt sondern nur Aufwandsentschädigungen erhält).

Wirtschaftspolitik, bis hin zur Entfaltung eines regelrechten Wirtschaftskrieges, bei dem wir in Europa die Leidtragenden sein würden.

Da die meisten und die größten EU-Staaten zugleich auch NATO-Mitglieder sind, und die EU, wie am Bsp. PESCO in den beiden letzten Ausgaben von Neues aus Österreich berichtet, an einer immer stärkeren Militarisierung und Verzahnung mit der NATO arbeitet, ist die Gefahr einer möglichen Auseinandersetzung auch mit Waffengewalt auf europäischem Boden nicht von der Hand zu weisen.

In der zweiten Jahreshälfte wird Österreich die EU-Ratspräsidentschaft inneha-

ben. Wir erwarten hier nicht nur die angekündigte Eindämmung illegaler Migration – das müsste eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, wie auch wir Österreicher uns selbstverständlich an Gesetze zu halten haben – sondern präzise vorbereitete Projekte zur Bewältigung des aufgezeigten geostrategischen Konfliktfeldes, vor allem eine selbständige und selbstbewusste Politik gegenüber der USA und eine strikt unabhängige Position Österreichs im Sinne unserer Neutralität.

Für den siebenjährigen EU-Finanzrahmen nach 2020 fordert die EU-Kommission mit trickreichen Argumenten höhere Beiträge u. a. wegen des Austritts Großbritanniens

Inhalt

- Will der Westen überhaupt Frieden?..... 1-2
- Schweizer Vollgeld-Initiative 2
- Schattenseite der Digitalisierung 2-3
- Überblick über laufende Volksbegehren 3
- Überwachungsdictatur – DSGVO . 3
- Lesens,- sehens,- hörens-wert... 4
- Wussten Sie? 4-6
- Lesermeinungen 6-7
- Positives, Erfreuliches 7-8
- Veranstaltungen, Impressum S.8

„Meinungsfreiheit ist die Grundlage der Menschenrechte, die Quelle der Menschlichkeit und die Mutter der Wahrheit.“

Liu Xiaobo, Friedensnobelpreisträger

und den – von den USA geforderten – Mehrausgaben für militärische Aufrüstung. Unsere Regierung hat bisher eine solche Beitragserhöhung abgelehnt. **Wir hoffen sehr, dass sie diese Standfestigkeit während der Ratspräsidentschaft durchhält.**

Ein weiterer thematischer Schwerpunkt dieser Ausgabe ist die Auseinandersetzung mit der immer mehr um sich greifenden Digitalisierung unseres Lebens mit den damit verbundenen Gefahren und Problemen, von der EU jetzt auch noch durch

die neue Datenschutz-Grundverordnung verschärft und auf die Spitze getrieben.

Es liegt mir noch ein internes Anliegen am Herzen. Die Auflagenzahl unserer Zeitschrift ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, stagniert jetzt aber. Ich möchte Sie, lieber Leser, wieder um Ihre Hilfe und Ihr Engagement bitten. Fordern Sie zusätzliche Exemplare zum Weitergeben bei uns an oder nennen Sie uns politisch interessierte Mitbürger aus Ihrem Freundeskreis – ihr Einverständnis selbst-

verständlich vorausgesetzt – denen wir unsere Druckschriften zusenden können. Ich darf schon im Voraus dafür danken und Ihnen im Namen aller Freunde und Mitarbeiter reichlichen Informationsgewinn, aber auch Freude an den positiven Beispielen der letzten beiden Seiten wünschen.

Ihr
Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli,
Bundesobmann

Schweizer Vollgeld-Initiative – Geld für das Volk und nicht für die Superreichen

Ein Anfang für eine geldpolitische Wende

Am 10. Juni stimmen die Schweizer Wahlberechtigten über die Volksinitiative „Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank!“, kurz „Vollgeld-Initiative“ genannt, ab. Sie will die Geldschöpfung nicht mehr wie bisher überwiegend den wenig beaufsichtigten privaten Banken über die elektronische Erzeugung von Buchgeld überlassen, sondern wieder in die Hände der unabhängigen Nationalbank legen.

Die Gegner versuchen den mit dieser Vorlage möglichen Kurswechsel in der Schweizer Geldpolitik (und darüber hinaus) herunterzuspielen. Sie behaupten, dass es keine Veranlassung für eine Wende gebe, weil das bisherige System ja gut funktioniere. In Wahrheit hat es seit der Finanzkrise 2008 eine gewaltige, un-

kontrollierbare Geldschwemme losgelassen, die eine gefährliche Blasenbildung im Finanzsystem bewirkte, deren Folgen nicht absehbar sind. Die heute umlaufende Buchgeldmenge beträgt in der Schweiz bereits das Zehnfache der Bargeldmenge. Es herrscht also dringender Korrekturbedarf.

Die Geldschöpfung ist auch keine bedeutungslose Nebensache, sondern steht im Zentrum unseres Wirtschaftssystems. Sie hat großen Einfluss auf die Schulden- und Wachstumspolitik, Verteilungsgerechtigkeit und Stabilität einer Volkswirtschaft.

Wir wünschen deshalb dieser Volksinitiative, auch im Hinblick auf ihre Vorbildwirkung für andere Länder, viel Erfolg!

Direkte Demokratie ist viel mehr als die gelegentliche Konsultation der Bevölkerung. Sie ist eine umfassende, relativ unübersichtliche, zuweilen zeitraubende, filigran austarierte, und sich ständig verändernde Mechanik – mit dem Ziel, jene in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, die mit den Konsequenzen des Entscheids leben müssen.

Walter Thurnherr, Schweizer Bundeskanzler (Stabchef der Bundesregierung mit beratender Stimme – nicht vergleichbar mit dem österr. Bundeskanzler)

****** nicht vergessen ******

1. August

Tag der Direkten Demokratie

Die verheimlichten Schattenseiten der Digitalisierung

Wir sind heute Zeugen eines weiteren fundamentalen Umbruchs unserer Gesellschaft nach der Industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts, die Revolution der Digitalisierung und Robotertechnik. Beide Umbrüche haben die Menschheit von den Zwängen einer anstrengenden und monotonen Arbeit weitgehend befreit und eine Intensivierung der zwischenmenschlichen Kommunikation auch über weite Entfernungen hinweg bewirkt.

Diese Entwicklung ist durchaus positiv zu sehen und anzuerkennen. Allerdings gibt es dabei auch Schattenseiten, wie die damit verbundene Vervielfachung des Ressourcenverbrauchs an Rohstoffen, Raum und Natur, Umweltproblemen bis hin zu Gesundheitsgefährdungen.

Inzwischen sind im öffentlichen Diskurs weitere Schattenseiten der Digitalisierung

Wer die Wahrheit nicht kennt, ist bloß ein Dummkopf. Wer sie aber kennt und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.

Bert Brecht

aufgetaucht. Sie betreffen den Umstand, dass es dabei um die Konzentration von unvorstellbar großen Datenmengen in den Händen von relativ wenigen Organisationen und Menschen handelt. Daten stellen in dieser Größenordnung und einer entsprechenden Aufbereitung ein wertvolles Gut dar, weil mit ihnen viel angestellt werden kann. Technisch ist das

Sammeln, Ordnen und Auswerten solcher Datenmengen heute kein Problem mehr. Eine Technik ist z. B. das „Rastern“ oder „Microtargeting“ zum Herausfiltern von Zielgruppen.

Dadurch erklärt sich das obwohl schon lange vorhandene, doch erst in letzter Zeit ans Tageslicht getretene auffällige Interesse so verschiedenartiger Unternehmen und Organisationen wie Facebook, Cambridge Analytica, Palantir, US-Geheimdienste, die Deutsche Post und die Silberstein-Kampagne der SPÖ bei der letzten NR-Wahl. Ihnen ist gemeinsam, dass sie aus den vorhandenen Datenmengen je nach Interessenslage und Skrupellosigkeit Nutzen ziehen wollen. Das können finanzielle Interessen sein, Manipulation von Kauf- oder Wahlverhalten, Organisation von Kampagnen, Ausgrenzung

(Fortsetzung auf Seite 3)

bestimmter Bevölkerungsgruppen oder Hetze gegen unerwünschte Meinungen, Desinformation. Das Perfide daran ist ihre Selektivität und Heimlichkeit. Man erzielt eine große Wirkung, ohne dass die Öffentlichkeit etwas davon erfährt. Transparenz als Voraussetzung für wirkliche Demokratie, Achtung vor dem wertvollen rechtsstaatlichen Gut der Meinungsfreiheit? – Fehlanzeige! Die Digitalisierung muss unter demokratische Kontrolle gestellt werden! nos



Agnes G. Bojaxhiu-
„Mutter Teresa“
18-jährig

BEWUNDERNSWERT

„Was für ein Wunder, dass die Menschen nicht nur Achttausender bezwingen können, sondern auch das Elend eines fremden, namenlosen Zeitgenossen.“

Dagmar Just (die Weltwoche), über die wahre Größe der (körperlich) kleinen Mutter Teresa

Bild: History in pictures (watson.ch)

Überblick über laufende Volksbegehren 2018

Kurzbezeichnung des Volksbegehrens	Start	Unterstützung vorgesehen bis	Bemerkungen
Österreichs Grenzschutz wiederherstellen	15.5	30.11.	Unterstützung besonders wünschenswert
Österreichs Neutralität wiederherstellen	15.5	30.11.	Unterstützung besonders wünschenswert
EURATOM-Austritt Österreichs	09. 5.	30.11.	Unterstützung besonders wünschenswert
CETA-Volksabstimmung	25.4.	30.11.	Unterstützung besonders wünschenswert
Autobahnmaut abschaffen	19.4.	30.11.	neutral
Weniger Fluglärm	17.4.	30.11.	Unterstützung wünschenswert
Faires Wahlrecht	04.4.	30.11.	Unterstützung wünschenswert
Für verpflichtende Volksabstimmungen	04.4.	30.11.	Unterstützung wünschenswert
ORF ohne Zwangsgebühren	08.3.	maximal bis Ende 2019	Unterstützung besonders wünschenswert
„Don't smoke“ - Volksbegehren	15.2.	Einleitungsverfahren beendet	---
Frauenvolksbegehren	12.2	Einleitungsverfahren beendet	---
Asyl europagerecht umsetzen	29.1.	maximal bis Ende 2019	abzulehnen: souveränitätszersetzend

Anmerkung: Die Unterzeichnung von Unterstützungserklärungen ist jetzt auch mittels Handy-Signatur und Bürgerkarte oder persönlich in jedem Gemeindeamt oder Magistrat möglich. Es muss nur noch ein Lichtbildausweis mitgebracht werden, kein Unterstützungs-Formblatt mehr wie früher.

Aus einer Bürokratie wird eine Überwachungsdictatur Anmerkungen zur neuen EU-Datenschutz-Grundverordnung

In diesen Tagen (25.5.) tritt die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) der EU in Kraft. Diese hat es in sich. Sie erlegt Unternehmen und Vereinen, nicht aber dem Staat und den Geheimdiensten weitgehende Datenschutzverpflichtungen im Kundenkontakt und bei innerbetrieblichen Abläufen auf, ohne sie genau zu definieren. Vor allem kleinere und mittlere Betriebe, die sich keine eigenen Datenschutzbeauftragten leisten können, stellt sie vor schier unlösbare Herausforderungen: Kundendaten müssen nachweislich geschützt werden, Kunden müssen nachweislich einwilligen, dass ihre Daten verarbeitet werden, es müssen Verzeichnisse über alle Verarbeitungstätigkeiten geführt und

ständig abrufbar sein, Kunden müssen darüber aufgeklärt werden usw. Bei Zuwiderhandlung gegen diese z. T. schwammigen Bestimmungen können enorme Strafen ausgesprochen werden, bis zu 20 Mill. Euro oder 4% des Jahresumsatzes, für Großkonzerne leistbar, für kleine Betriebe untragbar. Wo echter Schutzbedarf besteht, z. B. bei der Abwehr der Flut von Spam-Mails, bei Zugriffen auf Nutzerdaten mittels von außen eingeschleuster speziel-

ler Programme, Beschaffen von Massendaten, Verhinderung von Hackerangriffen, greift diese EU-Verordnung nicht. Es ist zu vermuten, dass dahinter System steckt. Wirklich schützenswerte Daten aus dem Gesundheitsbereich unterlagen bereits bisher einem speziellen Schutz.

Erst zwei Musterschüler von 28 Mitgliedsstaaten haben diese Verordnung in nationales Recht umgesetzt: Deutschland und in abgeschwächter Form Österreich.

Gott schütze dieses Haus vor Sturm und Feuer
vor Ämtern, Planung und vor Steuer.
und vor dieser Datenschutzverordnung

Hinter die Fassade der EU geschaut

Wenn ein EU-Politiker, wie z.B. der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn die Beherrschung verliert und damit tief in seine innerste Gesinnung blicken lässt, dann klingt das so: *Ungarn behandelt Flüchtlinge fast schlimmer als Tiere, das Land sollte aus der EU ausgeschlossen werden.*

Und nach der Ungarn-Wahl am 8. April in noch gehässigerem Ton, um gegen das EU-Mitglied Ungarn mobil zu machen: *Die Mitgliedsstaaten mögen sich schnell und unmissverständlich einbringen, um diesen Wertetumor(!) zu neutralisieren.* Übrigens ist „neutralisieren“ ein Begriff aus der Sprache des Militärs. Er bedeutet dasselbe wie „keine Gefangenen machen“.

Henrik M. Broder in seiner Kolumne *Welche Werte meint Asselborn? – Die Weltwoche*

Lesenswert – sehenswert – hörensenswert!

Meinungsfreiheit in Gefahr – Rechtsstaat, quo vadis? Artikel von Klaus Faißner im Monatsmagazin „Alles roger?“, 33/2018. „Der Tatbestand der Verhetzung ist bei restriktiver, noch mehr bei falscher Interpretation in ganz Europa der Totengräber der freien Meinungsäußerung“, meint der ehem. Vizepräsident am Landesgericht Eisenstadt, Alfred Ellinger.

<http://www.allesroger.at/artikel/meinungsfreiheit-in-gefahr---rechtsstaat-quo-vadis>

NATO-Angriff auf Syrien. NachdenKEN über: NATO-Angriff auf Syrien am 14. April 2018. Video

Sollten wir uns nicht fragen: Ist Gewalt das richtige Mittel, ist Bestrafung erforderlich, wenn keine Gewissheit über die Schuld einer Person, eines Politikers herrscht? Solche und viele weitere Fragen werden im Onlineportal KenFM (Ken Jebesen) gestellt.

<https://kenfm.de/>

Ein Mann, zwei Ehefrauen, sechs Kinder. Polygamie von Muslimen wird in Deutschland akzeptiert. Video.

<http://www.spiegel.tv/videos/1279861-ein-mann-zwei-ehefrauen-sechs-kinder>

Nationalmasochismus. Buch von Martin Lichtmesz/Michael Ley. (Nur mehr bei Antaios verfügbar)

Datenschutz-Grundverordnung der EU. Bürokratiemonster mit Zensur-Gefahr. Artikel von Klaus Faißner im Magazin „Alles roger?“ oder online unter: <http://www.allesroger.at/artikel/das-ende-der-meinungsfreiheit>

Smart Meter – Nein Danke! Wie kommen Gesetzgeber und Netzbetreiber auf die Idee, ein Gerät einzubauen, welches Menschen ausspionieren kann und Elektrosmog abgibt. <http://www.stop-smartmeter.at>

Der Islam ist das größte Integrationshindernis. Interview mit Hamed Abdel-Samad. Es ist eine Illusion zu glauben, zwei völlig unterschiedliche Kulturen in einer Person vereinen zu können, ohne dass daraus ein Konflikt oder eine Explosion entsteht. <https://www.news.at/>

Wussten Sie.....?

Ein ungewöhnliches Experiment

Intaktes Familienleben als Grundvoraussetzung für Lernerfolg

Ash Ali, selbst aus der dritten Generation von Einwanderern, Direktor einer Schule in der Nähe Londons untersuchte über Jahre die **Ursachen des Erfolgs seiner Schüler** unabhängig von Intelligenz, die völlig verschiedene Leistungen zeigten und damit auch unterschiedliche Noten bekamen. Da er Kinder und Jugendliche zwischen 11 und 18 Jahren betreute, bedeuteten schlechte Noten am Ende der Schulzeit auch geringere Chancen für einen Platz in einem College oder einer Universität. Lernklassen an Nachmittagen, extra Zeit während der Ferien und mahnende Worte halfen nichts, so entschloss er sich, ein Experiment zu wagen, das wohl **einmalig in der Schulgeschichte Großbritanniens** ist.

Während einer Elternkonferenz konfrontierte er seine Zuhörer mit dem Vorwurf, dass Lernerfolg **weniger von der Lernbereitschaft der Schüler, als vom Ver-**

halten der Eltern abhängig sei. Durch Befragungen der Schüler und Analysen zahlreicher Aufsätze über den Alltag zu Hause sei ihm der Unterschied zwischen erfolgreichen und weniger erfolgreichen Schülern aufgefallen.

Er schlage daher vor, dass Schüler mit geringem Erfolg in der Schule für ein paar Wochen von Familien aufgenommen werden, deren Kinder extrem gute Noten haben.

Einige Eltern lachten laut auf, andere meinten, sie könnten sich nicht vorstellen, eine weitere Belastung anzunehmen. Andere wieder wiesen den Vorschlag empört zurück mit dem Argument, sie würden ja genügend Steuern zahlen, damit die Schule auch die Verantwortung für die Ausbildung der Kinder übernehme. Doch erstaunlicherweise fanden sich genügend Eltern von erfolgreichen Schülern und Schülerinnen, die dem Vorschlag zu-

stimmten und sich bereit erklärten, andere Kinder aufzunehmen.

Der 15 Jährige Jack war einer der ersten, der die Familie wechselte. Seine Mutter arbeitete als Krankenschwester in einem Schichtbetrieb, war manchmal die ganze Nacht und oft auch am Wochenende nicht zu Hause. Jack ging nie vor Mitternacht zu Bett, manchmal wurde es auch zwei Uhr morgens, wenn er von einem Video-Spiel nicht loskam, oder er blieb die Nacht weg und ging mit Freunden aus. Wenn dann noch Zeit blieb, machte er Hausübungen oder lernte für Prüfungen.

Seine neue Familie kam aus Sri Lanka. Priyanka, die Mutter und Chefin der Familie, weckte Jack jeden Morgen eine Stunde bevor er das Haus für die Schule verlassen musste. Sie bereitete ihm ein Frühstück und nahm ihm gleich am ersten Tag das Mobiltelefon weg. „Sprich

(Fortsetzung auf Seite 5)

mit uns und schau nicht auf dein Telefon“, sagte sie zum ihm.

Bettruhe war Punkt 22.30 Uhr. Kurz vorher nahm sie alle elektronischen Geräte inklusive Laptop und Handy aus seinem Zimmer. Auf Jacks anfängliche Proteste antwortete sie, sie sei vor 25 Jahren aus Sri Lanka gekommen, und sie und ihre Familie seien dankbar für die Möglichkeiten hier. Sie schlage vor, Jack sollte für ein paar Wochen „in den Dreck“ übersiedeln, wo sie herkomme, dann würde er verstehen, was für ein privilegiertes Leben er habe.

Nach nur einer Woche ging Jack um 22.30 Uhr zu Bett, stand jeden Morgen ohne Proteste und Gejammer auf, kam pünktlich zur Schule und genoss die gemeinschaftlichen Abendessen, an denen gelacht oder gestritten wurde, ohne dass jemand auf sein Handy starrte.

Nach weiteren drei Wochen erreichte er die doppelte Punkteanzahl bei einem Ma-

Denkfehler in der Beurteilung der EU

Größe ist nicht entscheidend für das Problemlösen. Hundert Ruderboote können einem Felsen im Meer dort noch unbeschadet ausweichen, wo ein Dampfer schon zur Kollision verdammt ist.

Antwort von Carlos. A. Gebauer, Rechtsanwalt in der Schweiz, auf die Frage, ob nicht die gigantische EU angesichts der großen internationalen Probleme, z.B. Terrorismus oder Klimawandel, eine Notwendigkeit darstelle.

thematik- und einem Englisch-Test wie vorher. Und – was seine Mutter am meisten erstaunte – er hatte auch noch Spaß beim Lernen und freute sich über seine guten Noten.

Ash Ali verteidigte sein Experiment gegen Kritiker, die ihm vorwarfen, er würde eine Militarisierung der Erziehung und Entwicklung versuchen durchzusetzen, die die Kreativität und Eigenständigkeit der Kinder negativ beeinflusse. Er behauptete, das Gegenteil sei der Fall. **Nicht zu essen und nicht zu schlafen und viele**

Stunden mit Computerspielen zu verbringen, sei eine Verhinderung der Entwicklung der Kinder.

Schulen, Behörden, Lehrer und andere Institutionen können Türen öffnen und Unterstützung anbieten – ob die Kinder sie nutzen, liegt **zu einem großen Teil an der Motivation durch die Eltern** und deren Entscheidung, Erziehung als aktiven Prozess zu erleben anstatt nur das Aufwachsen geschehen zu lassen.

Quelle: <https://www.schlaglichter.at/ein-unerhoertes-experiment/> - Peter Sichrovsky, 10.04.2018

Die EU stellt vor einem drohenden Wirtschaftskrieg das US-Dollar-System in Frage

Die Entscheidung des US-Präsidenten Donald Trump, das Iran-Abkommen aufzukündigen und damit wieder die Sanktionen gegen den Iran zu aktivieren, hat die EU in eine missliche Zwangslage zwischen der bisherigen hündischen Unterwürfigkeit der USA gegenüber und eigenen wirtschaftlichen Interessen gebracht. Die Maßnahmen kommen de facto einem Verbot für europäische Unternehmen gleich, mit dem Iran weiterhin Geschäfte in Dollar zu machen, weil dies automatisch die US-Strafverfolgungsbehörden auf den Plan rufen würde, die weltweit Razzien, Kontosperrungen und strafrechtliche Maßnahmen einleiten würden. Siemens, Airbus, französische und Schweizer Banken können davon bereits ein Lied singen.

Die EU-„Eliten“ müssen diese Situation eines drohenden Wirtschaftskrieges mit der USA als dermaßen brisant einschätzen, das sie nicht einmal mehr vor der weitreichenden Überlegung zurückschrecken, die Geschäftsbeziehung mit dem Iran durch eine Alternative zur Dollarfinanzierung aufrecht zu erhalten, was einer Verabschiedung von der Leitwährung Dollar gleichkommen würde.

„Wenn Du wissen willst, wer dich beherrscht, musst Du nur herausfinden, wen Du nicht kritisieren darfst.“

Voltaire

Es bleibt abzuwarten, ob die EU tatsächlich die Courage dazu hat, oder ob sie gegenüber der USA nicht wieder einknicken wird, mit irgendeinem faulen Kompromiss, wie z. B. Ausnahmeregelungen, um das Gesicht zu wahren.

Rechtssicherheit im internationalen Handel war maßgebend am Wirtschaftserfolg und Wohlstandsgewinn der letzten Jahrzehnte beteiligt. Doch nun setzt ein bedeutendes Land dies alles aufs Spiel und verlangt statt vertraglicher Gleichrangigkeit in einem rechtsstaatlichen System auf erpresserische Weise Unterordnung unter seinen Willen. Das ist ein totalitärer Machtanspruch und ist den westlichen Werten, die doch gerade von diesem Land so gern in den Mund genommen werden, diametral entgegengesetzt.

Protest gegen Verständnis der österr. Bundesregierung für Luftschläge gegen Syrien

In einem öffentlichem Statement begründete BK Kurz Verständnis für die Reaktion der Assad-feindlichen Kräfte auf den bis heute unbewiesenen Giftgasangriff in Douma, spontan als „Strafaktion“ beschlossen und mit ca. 100 Raketen von USA, GB und F ausgeführt.

Offenbar war BK Kurz sich nicht der mehrfachen Verstöße gegen das Völkerrecht bewusst:

1. In den Vereinten Nationen wurde die Ablehnung des Sicherheitsrates missachtet.

2. Es wurde in Wildwestmanier ohne formelle Kriegserklärung ein Land angegriffen, wobei bei Luftschlägen immer auch die Zivilbevölkerung mitbetroffen ist (sogenannte „Kollateralschäden“).

3. Es wurde offen zugegeben, dass eine im Amt befindliche Regierung weggebombt werden soll (Einmischung in innere Angelegenheiten).

4. Eine objektive Untersuchung der Anlass-Behauptungen durch die „Organisation gegen die Verbreitung von chemi-

schen Waffen“ (OPCW) wurde bewusst nicht abgewartet und die angebotene Untersuchung durch eine gemischte Kommission abgelehnt.

5. Schließlich wurde einem NATO-Vorgehen zugestimmt, womit die österreichische Eigenverpflichtung zur immerwährenden Neutralität, die der Völkergemeinschaft mitgeteilt worden ist, verletzt wird.

Quelle: Hon.-Prof. Heinrich Wohlmeyer, Ressourcen-Ökonom, Wien

Israel geht unverhältnismäßig aggressiv gegen Palästinenser vor

Seit Ende März wurden bei Protesten im Gazastreifen an der Grenze zu Israel mindestens 49 Personen von israelischen Soldaten als Antwort auf Steinwürfe erschossen. Tausende, darunter Frauen und Kinder, erlitten schwere Verletzungen.

Sie hatten ihr Recht auf Rückkehr in jene Gebiete gefordert, aus denen ihre Familien seit Gründung des Staates Israel 1948 vertrieben worden sind („Israel soll uns heimkehren lassen“). Der Kommentar des israelischen Verteidigungsministers Avigdor Lieberman: „Diese Soldaten verdienen eine Auszeichnung.“ Die Proteste dauern an.

Quellen: ARD, faz.net, SRG.ch, DGW 14/18



Rauchschwaden von in Brand gesetzten Reifen sollen den israelischen Scharfschützen die Sicht erschweren.

Bild: ARD-screenshot

Die EU erzwingt mit Fördergeldern Gefügigkeit

Die EU verweigert dem deutschen Bundesland Sachsen-Anhalt die Freigabe bereits bewilligter Fördermittel aus dem Fonds für Regionalentwicklung mit der Begründung, die Behörden setzen EU-Gelder möglicherweise nach politischen Kriterien ein.

Welche Kriterien das sein sollen, ist nicht bekannt. Künftighin will die EU Fördermittel an die „Einhaltung von Werten“ knüpfen. Ein vom Finanzministerium vorgelegter Aktionsplan ist als unzureichend zurückgewiesen worden.

Es stellt sich die Frage, ob Werte nicht auch politische Kriterien sein könnten. Dann hat Sachsen-Anhalt eben die falschen politischen Werte vertreten. Hintergrund könnte sein, dass seine Bürger bei den letzten Wahlen mit 26% für die AfD gestimmt haben. Dann wäre die Rückbehaltung der Fördermittel eine Bestrafungsaktion? Soll ein durch das EU-Fördersystem abhängig gemachtes Land in die gewünschte politische Richtung manipuliert werden?

Der Name „Menschenrechte“ kann ohne „Menschenpflichten“ nicht genannt werden, beide beziehen sich aufeinander.

Johann Gottfried Herder

Lesermeinungen - Stimmen aus dem Volk

Gewalt gegen Frauen

Die Frage, ob Genitalverstümmelung Gewalt gegen Frauen wäre, nannte der „liberale“ und ach so gut integrierte muslimische Bürgermeister von London Sadiq Khan eine „Hass-Rede“. „Gewalt gegen Frauen“ besteht nach Meinung des Europaparlaments darin, sie von einer Abtreibung abzuhalten, sodass das Auftreten gegen den Kindesmord strafbar werden soll. Das ist die überwiegende Ansicht der europäischen Elite, wenn man diese Damen und Herren in Straßburg dazu zählen sollte. Wäre es nicht an der Zeit, dass wirklich alle befragen, wohin die Reise geht?

Dr. Alfons Adam, Stössing

Hat Europa bereits vor dem Islam kapituliert?

Das von der neuen Regierung geplante Gesetz eines Kopftuchverbotes in Kinder-

gärten und Schulen erhitzt die Gemüter. Aus Unkenntnis über die islamische Lehre wird am Thema vorbei argumentiert. Das Kopftuch ist ein Symbol des Islam, der mit Demokratie und Rechtsstaat nicht vereinbar ist.

Die EU und viele EU Staaten haben längst vor dem Islam kapituliert. Es ist dies möglicherweise die letzte Gelegenheit, eine kritische Islamdebatte zu führen und ein Stoppschild zu setzen.

Alwin Häle, Muntlix

Überfüllter Tiertransporter – eine Schande für die EU

Mit Entsetzen und Wut habe ich gelesen, dass ein Tiertransporter mit 511 Ferkel und 109 Kälbern aus den Niederlanden auf dem Weg zu einem Schlachthof nach Italien unterwegs war.

Traurig genug, dass die Europäische Union, die sich sonst um den Wasser-

durchfluss von Duschköpfen und ähnliche Wichtigkeiten kümmert, für solche Fälle kein Interesse zeigt. Abgesehen von dem unsäglichem Tierleid sollte sie viel-



Auch für diese Kälber wird der Weg zum Schlachthof lang und qualvoll

„Wenn wir reden könnten, würden wir uns augenblicklich für den EU-Austritt aussprechen.“

Bild: Agriland.ie – screenshot

leicht darüber nachdenken, wie sie Ziele, die sie von jedem einfachen Bürger einfordert, auch selbst erfüllen könnte. Wie wäre es zum Beispiel, wenn die Tiere im Herkunftsland ohne quälende hunderte Kilometer lange Anfahrtswege und unter Vermeidung von unnötigem Schadstoffausstoß geschlachtet würden? Um die Freiheit des Warenverkehrs nicht zu unterlaufen, könnte das Fleisch immer noch umweltfreundlich im Kühlwagen per Bahn zum Abnehmer geliefert werden.

Aber da soll, wie leider üblich, vermutlich ein großer Lebensmittelkonzern bei seiner Gewinnmaximierung unterstützt werden, der sich auf Kosten der geschundenen Kreatur ein paar Cent Schlachtkosten ersparen kann. *Peter Streit, Friesach*

Die EU ist nicht Europa

Ich habe immer Probleme mit Personen, die nicht den Unterschied zwischen Europa und der EU kennen. Die EU ist nur die Hälfte Europas. Man denke nur an die

Schweiz, Norwegen, Russland, Ukraine, Moldawien, Liechtenstein, San Marino etc. In der Brexit-Debatte wird meistens vergessen, dass Großbritannien das zweite Land ist, das die Gemeinschaft verlässt. Vor 40 Jahren war Grönland das erste. Neulich habe ich im Radio eine Sendung mit einem damals hohen Beamten gehört. Er sagte, dass alles, was heute mit Großbritannien passiert, damals mit Grönland genauso geschah. *Knud Rohde, Flensburg, Vision 2000, 2/2018*

Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.

Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...

Friedensvertrag zwischen den verfeindeten Staaten Nord- und Südkorea in Reichweite

Am 27. April, drei Monate nach den Olympischen Spielen in Südkorea kam es zum historischen Treffen der beiden Präsidenten, mit unerwarteten Erklärungen und freundlicher Symbolik: ein herzlicher Handschlag, die Überquerung der Grenze, Umarmungen und das Versprechen, bis Ende des Jahres einen Friedensvertrag abzuschließen. In einer gemeinsamen Erklärung beider Präsidenten, Moon J. In und Kim J. Un kam zum Ausdruck, dass sie die „vollständige nukleare Abrüstung“ anstreben werden. Das hätte vor einem halben Jahr niemand zu träumen gewagt. Hoffen wir, dass nicht US-Kriegstreiber (Rüstungsindustrie, NATO und Finanzindustrie?) im Hintergrund die beiderseitigen Bemühungen durch Provokationen und Lügen torpedieren.



Historischer Moment: Kim und Moon an der Grenze zwischen den beiden bisher verfeindeten koreanischen Staaten.

Bild: sputniknews.com, screenshot

Parlamentswahl in Grönland bestätigt Unabhängigkeitsbestreben



Die bisherige Koalition kann nach dem Ergebnis der Parlamentswahl vom 24. April weiterregieren. Damit wurde der Weg der allmählichen und behutsamen Loslösung von Dänemark und Erlangung der Eigenständigkeit bestätigt.

Grönland mit rd. 56.000 Einwohnern gehört bereits seit 1985 nicht mehr zur EU, wohl aber formell noch zum Königreich Dänemark, verwaltet sich jedoch in weiten Teilen selbst. Nur für die Außen- und Verteidigungspolitik ist weiterhin Dänemark zuständig. Nun soll die riesige Polarinsel, unter deren Eis riesige

Bodenschätze schlummern sollen, auch wirtschaftlich stärker auf eigene Beine gestellt werden.

Quelle: Orf.at, 25.4.2018

Freiheit hängt nicht von numerischen und wirtschaftlichen Größen ab, sondern von Selbstbewusstsein und Bereitschaft zu Selbstbestimmung.

Smart Meter: Machen wir es wie Hawaii!



Auf der zweitgrößten zum Hawaiianischen Inselarchipel gehörenden Insel Maui, hat sich ökologische Vernunft und Demokratie im Gegensatz zu Überwachungsdrang und

Profitgier durchgesetzt. Die Inselbewohner haben erkämpft, dass sie die digitale Datenkrake Smart Meter problemlos verweigern können.

Der Vizepräsident des Nationalen Stromversorgers von Hawaii, gab schon im letzten Jahr öffentlich bekannt, dass der lokale Stromversorger Maui Electric Co. das Ablehnen eines elektronischen Stromzählers akzeptieren wird. Stromkunden können ihren analogen Stromzähler behalten, wenn sie es möchten.

Das ist wahrscheinlich das erste Mal, dass ein Stromversorger in den USA solch einen radikalen Vorschlag angenommen und nunmehr im Sinne der Stromkonsumenten auch durchgesetzt hat.

Damit bleibt in Maui der analoge Zähler im Kasten, die Stromtarife überschaubar, die Überwachung ausgesperrt und die Demokratie im Land. Ein Vorbild auch für Österreich!

Quellen: www.stop-smartmeter.at

Gemeinde Schwarzenberg im Bregenzerwald belohnt Familien, wenn sie ihre Kinder selbst betreuen

Mit einem Ergebnis 15 : 3 hat die Gemeindevertretung beschlossen, Familien, die für ihren Nachwuchs keine öffentliche Kinderbetreuung in Anspruch nehmen wollen, als Ausgleich in Zukunft jährlich 300 Euro zukommen zu lassen. „Die Prämie soll eine Anerkennung sein“, so BM Markus Flatz, „Mütter werden vom Staat zu wenig gefördert.“



Schwarzenberg - Bregenzerwald



Von linken Geistern als „Herdprämie“ diffamiert, erleichtert diese Entscheidung die Wahlfreiheit der Mütter, denn wäre eine Wahlfreiheit, die nur auf außerhäusliche Berufstätigkeit ausgerichtet ist, eine wirkliche Wahlfreiheit?

Sollen wir eine neue Welt erschaffen oder unsere Welt schützen?

Roboter statt lebendige Bienen

Vor dem Hintergrund des dramatischen Bienensterbens und angesichts der Tatsache der Bedeutung der Bienen für unser menschliches Überleben, experimentieren Forschungseinrichtungen, darunter DARPA, die Forschungsabteilung des US-Militärs, bereits seit Jahren mit Drohnen und Mikrorobotern, welche die für die Lebensmittelproduktion unerlässliche Aufgabe der Bestäubung übernehmen sollen. Angetrieben von Solarenergie und ausgestattet mit Echtzeit-Triangulationstechnik sollen diese chemie- und gentechnikresistenten künstlichen Bienen ihre Einsatzorte erkennen und wartungsarm ihre Bestäubungsfunktion erfüllen.

Eine künstliche Biene kann kein Ersatz sein für eine natürliche. Wir wissen einfach zu wenig über die Wechselwirkung der Kräfte der Natur beim Bestäubungsvorgang. Technologie in diesem Bereich ist vielleicht eine Notlösung, stellt jedoch eine Störung der natürlichen Kreisläufe der Schöpfungsordnung dar. Insofern kann sie nicht dauerhaft und nachhaltig sein.



Bestäubung durch Roboterbiene



Bestäubung durch lebende Biene – ohne menschliches Zutun

Humor in der Politik – gibt's das?

Der Reporter fragt einen Passanten: „Was glauben Sie, ist das größte Problem unserer Gesellschaft, mangelndes Wissen oder mangelndes Interesse?“

Darauf antwortet der Passant: „Weiss ich nicht. Ist mir auch egal.“

(Quelle: Schweizerzeit, 26.1.2018)

Keine Handys mehr in der Schule



Der französische Unterrichtsminister hat das bevorstehende Handy-Verbot für Schüler an allen Schulen Frankreichs, auch den weiterführenden, bestätigt. „Diese Maßnahme wird mit Schulbeginn 2018 in Kraft treten“, erklärte er in der Sendung „Le Grand Jury“. „Wir arbeiten derzeit an den Richtlinien für deren Umsetzung.“ Zahlreich und allgemein bekannt sind die Begründungen für dieses Verbot.

Da ist zunächst der Verlust an Konzentrationsfähigkeit und Aufmerksamkeit bei den Schülern, was an den Lernerfolgen ablesbar ist. Auch stellen Handys eine Versuchung zum Schwindeln dar. Außerhalb der Klassen ist die Handy-Verwendung nicht weniger bedenklich: „Man stellt weniger körperliche Betätigung und Desinteresse für das Lesen von Büchern fest,“ bedauert Jean-Michel Blanquer. Dazu kommen noch die besorgniserregende Verbreitung von Gewalt- und Porno-Videos und das Cyber-Mobbing. *Quelle: Famille Chrétienne*

VERANSTALTUNGEN & TERMINE

Monatstreffen NFÖ-Tirol

jeden 2. Donnerstag im Juni ab 19 Uhr im Cafe „Bambi“, Innsbruck, Schwindstr. 1, Infos unter Telefon 0699-10086924 (NFÖ-Büro)



Monatstreffen NFÖ-Wien

jeden 3. Dienstag im Monat: ab 18 Uhr, im Cafe „Frey“, 1040 Wien, Favoritenstr. 44 Infos unter Telefon 0676-4065409, (G. Grüner)



NFÖ-Salzburg - Treffen

Freitag, 22. Juni 2018, Beginn: 19 Uhr
Im Gasthof Wastlwirt in Salzburg - Maxglan, Rochusgasse 15 (neben Stiegl-Brauerei),
Tel: 0662-822162 Infos unter Telefon 0662-641009 (DI. Ortner) oder 0699-10086924 (NFÖ-Büro)

Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenn gleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. **Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

Allen unseren bisherigen Spendern sagen wir ein herzliches Dankeschön! Bitte Adressenänderung frühzeitig bekannt geben. Teilen sie uns bitte, – wenn möglich – auch die Adressen von interessierten Bekannten mit. Danke!

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich. Fotos und Grafiken: R. Pomaroli.
Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich* – NFÖ, A-6010 Innsbruck, Postf. 110, Telefon: 0699-10086924, buendnis@nfoe.at - Bankverb.: Volksbank, BIC: VBOEATWWINN, IBAN: AT31 4239 0000 0002 9637; Druck: Sterndruck, Fügen - DVR3000098